



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109  
Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



10.109

### Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2012

### Encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant l'année 2012

*Differenzen – Divergences*

#### CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.03.11 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.11 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.06.11 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.11 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.06.11 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.09.11 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.11 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.09.11 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.09.11 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.12.11 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.11 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

#### 1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2008–2011

#### 1. Arrêté fédéral relatif au financement de la formation professionnelle pendant les années 2008–2011

##### Art. 1 Abs. 3; Art. 2 Abs. 3

*Antrag der Kommission*

Festhalten

##### Art. 1 al. 3; art. 2 al. 3

*Proposition de la commission*

Maintenir

**Schneider-Ammann** Johann N., Bundesrat: Wir reden über die BFI-Botschaft 2012. Die Kommission hält an der Übernahme von 25 Prozent im Jahr 2012 fest. Die Meinungen sind natürlich geteilt. Der Bundesrat und der Ständerat wollen schrittweise vorgehen und im Jahr 2012 die Übernahme von 23,5 Prozent erreichen. Der Bundesrat hat zwischenzeitlich entschieden, dass er gemäss der BFI-Botschaft 2013–2016 im Jahre 2013 die Übernahme von 25 Prozent erreichen will.

Ich muss also den vorgezogenen Schritt Ihrer Kommission aus finanzpolitischen Gründen ablehnen.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le Conseil fédéral maintient sa position.

**Malama** Peter (RL, BS): Nachdem wir nun von Bundesrat Schneider-Ammann erfahren haben, dass der Bundesrat aus finanzpolitischen Überlegungen an seiner Fassung festhalten will, möchte ich als Vertreter der FDP-Liberalen Fraktion noch einmal in Erinnerung rufen, was wir auch an der letzten WBK-Sitzung gesagt haben, und zwar von links bis rechts: Wir haben beschlossen, dass der Bund bei der Finanzierung der Berufsbildung endlich die im Berufsbildungsgesetz vorgesehenen 25 Prozent der Aufwendungen der öffentlichen Hand übernimmt. Eigentlich ist es schon erstaunlich, dass der Bundesrat nach dem klaren 25-Prozent-Entscheid des Parlamentes in der Flimser Debatte 2008 dies nicht von sich aus in die BFI-Botschaft aufgenommen hat. Die



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



FDP-Liberalen halten dies für einen unhaltbaren, nichtakzeptablen Zustand. Es ist für unsere Fraktion zwingend, dass dem Verfassungsauftrag, welcher die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung vorsieht, wirklich nachgelebt wird, und zwar nicht in homöopathischen Dosen, wie wir es soeben vom Herrn Bundesrat gehört haben, bzw. in Etappen, wie sie der Ständerat vorsieht, sondern jetzt und heute für das Jahr 2012.

Deshalb bitte ich Sie, an diesem Entscheid festzuhalten.

**Füglistaller** Lieni (V, AG): Ich möchte Sie bitten, an Ihrem früheren Entscheid festzuhalten und diese rund 100 Millionen Franken für die Berufsbildung zu bewilligen.

Artikel 61a der Bundesverfassung schreibt vor, dass die allgemeinbildenden und die berufsbezogenen Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden müssen. Ich frage mich, ob wir jetzt wieder einen Rückschritt machen wollen, indem wir einfach sagen: Ja, diese Richtwerte, die können wir dann irgendwann erreichen. Es reicht mir nicht, Herr Bundesrat, wenn Sie sagen, wir versuchen sie dann 2013 zu erreichen. Wenn wir Fördermittel sprechen, wenn wir die Bewilligung erteilen, in anderen Bereichen, die wichtig sind, Gelder auszugeben, aber hier nicht, dann stellt sich die Frage, wie wichtig das duale Berufsbildungssystem ist.

Ich bitte Sie dringend – dringend! – festzuhalten. Es kommt hinzu: Diese 100 Millionen Franken sind tatsächlich auch im Budget 2012 eingestellt. Also haben wir keine Probleme, auch bei der Budgetdebatte nicht, mit diesen 100 Millionen klarzukommen.

Deshalb bitte ich Sie festzuhalten.

**Prelicz-Huber** Katharina (G, ZH): Auch für uns Grüne ist das ein ganz wichtiger Artikel. Wie wir gemeinsam festgestellt haben, ist Bildung eine Investition in die Entwicklung des Menschen, aber auch in die Wirtschaft und in den sozialen Zusammenhalt und letztendlich in die Sicherung unseres Wohlergehens. Bildung ist für die Schweiz, gerade auch mit dem dualen System, die zentrale Ressource, weil wir sonst relativ wenig an Schätzen haben. Das Ziel muss es sein, dass alle ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Aus- und Weiterbildungen machen können. In der Berufs- und Weiterbildung ist vieles da, das ist uns auch klar, es besteht aber auch deutlicher Nachholbedarf, und – das wurde x-mal festgestellt – es hat zu wenig Geld. Deshalb sind wir weiterhin klar für die Erhöhung um 100 Millionen Franken. Wir hätten damit in etwa das Ziel erreicht, das sich der Bund ja schon lange gesetzt hat, nämlich ein Bundesanteil in der Höhe von 25 Prozent. Wir hoffen, dass mit den 100 Millionen dann auch der nötige Investitionsschub für die Berufsbildung kommen wird.

Für uns ist aber auch klar: Wir sind in einer Übergangsphase, das Weiterbildungsgesetz ist bis jetzt noch nicht da, und damit ist auch teilweise die nötige Anerkennung und Finanzierung noch nicht geregelt. Darum möchten wir auch – wir sprechen ja hier von einer einjährigen Weisung –, dass die Weiterbildungsdachverbände ihre Finanzierung geregelt haben. Es müssen auch die 0,9 Millionen Franken, die für

AB 2011 N 1616 / BO 2011 N 1616

Dachverbände eingestellt werden, hier ausgewiesen sein, damit die Dachverbände Klarheit haben. Insofern bitten auch wir Sie, an Ihrem Entscheid festzuhalten.

**Maire** Jacques-André (S, NE): Je ne répéterai pas toutes les excellentes raisons qui ont déjà été énumérées par mes préopinants, mais vous savez que la formation, professionnelle ou académique, est une priorité très importante pour le groupe socialiste. Il va donc de soi qu'il soutiendra la proposition de la majorité qui vise à maintenir notre position. Je le répète, il s'agit d'établir, de mettre en pratique ce que la loi prévoit depuis plusieurs années.

Donc nous vous invitons vraiment à soutenir la proposition de la majorité.

**Aubert** Josiane (S, VD), pour la commission: La commission propose, par 18 voix contre 4 et aucune abstention, de maintenir la décision du Conseil national, soit d'augmenter le plafond de dépenses à 757,6 millions de francs et le crédit d'engagement de 88 millions. Ces sommes permettront à la Confédération de répondre enfin complètement à ses engagements légaux envers les cantons et d'atteindre 25 pour cent de participation aux frais de la formation professionnelle dès 2012.

Le Conseil des Etats avait pour sa part souhaité, comme le Conseil fédéral, atteindre ce but en deux étapes, soit pendant les années 2012 et 2013.

Nous vous demandons de confirmer votre vote du premier débat.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



**Müri Felix** (V, LU), für die Kommission: Wir haben hier noch zwei Differenzen. Zwischen den Parteien, die hier vertreten sind, bestehen keine Differenzen: Wir haben das letzte Mal mit über 170 Stimmen ohne Gegenstimme diese 100 Millionen Franken für die Berufsschulen gesprochen. Dennoch hat jetzt Bundesrat Schneider-Amann die Haltung von Bundesrat und Ständerat vertreten.

Ich bitte Sie, bei Ihrem ersten Entscheid zu bleiben, bei diesen 100 Millionen Franken für die Berufsschulen. Es ist ein klares Signal für die Berufsschulen, es ist ein klares Signal für die Kantone, wenn wir ihnen diese 25 Prozent, die wir ihnen schon lange schulden, zugestehen. Seit 2008 sind wir verpflichtet, 25 Prozent zu übernehmen, und wir möchten das jetzt auch wirklich durchsetzen. Die Berufsschulen sind für uns wichtig. Wir loben immer unser duales Berufsbildungssystem, demzufolge braucht es jetzt auch dieses Geld für die Berufsschulen.

Ich bitte Sie, wieder einstimmig Ihrer Kommission zu folgen.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe PDC/PEV/PVL soutient la proposition de la majorité.

### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 10.109/6294)

Für den Antrag der Kommission ... 144 Stimmen

(Einstimmigkeit)

### **3. Bundesbeschluss über die Kredite nach dem Universitätsförderungsgesetz in den Jahren 2008–2011 (zwölfe Beitragsperiode)**

### **3. Arrêté fédéral relatif aux crédits d'engagement alloués pour les années 2008–2011 en vertu de la loi sur l'aide aux universités (12e période de subventionnement)**

#### **Art. 1 Abs. 3**

##### *Antrag der Kommission*

Die Jahresbeiträge nach dem UFG werden wie bisher jeweils im Jahr nach dem Beitragsjahr ausbezahlt. Eine Änderung des bisherigen Auszahlungsmodus erfolgt erst, wenn sich Bundesrat und alle Hochschulkantone auf eine Vorgehensweise geeinigt haben, die einen Vermögensverlust der Kantone vermeidet.

#### **Art. 1 al. 3**

##### *Proposition de la commission*

Les subventions annuelles au sens de la LAU sont versées comme à ce jour au cours de l'année qui suit l'année subventionnée. Un changement de pratique n'aura lieu que lorsque le Conseil fédéral et tous les cantons universitaires se seront accordés sur une façon de procéder qui évite toute perte financière aux cantons.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Nous avons la volonté de maintenir la version du Conseil fédéral et la décision du Conseil des Etats. Là, je reprends aussi un peu les mêmes arguments qu'une grande partie des membres de votre commission. En effet, sur ce point, votre commission était loin d'être unanime: elle a voté par 10 voix contre 9 et 3 abstentions. S'il n'y a pas de proposition de minorité, c'est parce que certains membres de la commission ont dit qu'ils allaient encore réfléchir jusqu'au débat au conseil, qui a lieu maintenant.

J'aimerais vous expliquer encore une fois en quelques arguments les raisons pour lesquelles il ne faut pas suivre votre commission et pourquoi il faut que vous adhériez à la décision de votre conseil.

Il y a d'abord un élément de forme: il s'agit ici d'un arrêté financier, et un arrêté de ce type n'est pas sujet au référendum facultatif. Or s'il n'est pas sujet au référendum facultatif, il ne peut pas contenir des règles de droit. Par conséquent, on ne peut pas y intégrer une règle de droit, comme ce serait le cas si vous suiviez la minorité. Un arrêté financier définit les rapports entre vous et nous, entre le Parlement et le Conseil fédéral, il détermine la relation entre le plafond de dépenses quadriennal et les crédits budgétaires; dorénavant ce sera dans la même période, il n'y aura plus de décalage – c'est cela la synchronisation.

Cette problématique n'est pas nouvelle puisqu'elle date d'une bonne dizaine d'années, époque à laquelle était discutée la révision partielle de la loi sur l'aide aux universités. Il est nécessaire maintenant de trouver une solution. Nous sommes dans l'optique de la nouvelle loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles. Cette nouvelle loi prévoit en effet une harmonisation, donc une coordination, donc un modèle financier harmonisé, donc une planification financière commune. Par conséquent, on ne peut pas se permettre d'avoir des universités qui ont entre elles une situation différente, de



## AMTLLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



même pour les hautes écoles spécialisées entre elles et, si l'on compare certaines universités avec les hautes écoles spécialisées, encore une situation différente.

Certains cantons ont depuis l'an 2000, dans cette période de dix ans, anticipé et synchronisé le versement des subventions annuelles. Deux cantons ont fait le contraire, c'est-à-dire que deux des cantons pour lesquels la synchronisation est aujourd'hui problématique ont en fait créé le problème pendant la période 2000 à 2010. En 2006 et en 2007, ils ont désynchronisé le versement de leurs subventions et, par conséquent, augmenté leur actif au bilan, et c'est aussi ce qui nous a conduit dans la situation que nous connaissons aujourd'hui.

Nous aimerais souligner une fois encore que l'opération est avant tout comptable et que cela ne change strictement rien concernant le fait que la Confédération verse chaque année une subvention. Elle versera, comme elle le fait depuis 45 ans, une subvention annuelle: en 2011, 560 millions de francs; en 2012, 595 millions; en 2013, 2014, 2015 et 2016, selon les montants qui seront déterminés dans le cadre du message quadriennal FRI 2013–2016. Il n'y aura donc pas d'interruption dans le versement de la subvention de base; les cantons recevront un versement chaque année. La Confédération n'est en revanche pas débitrice d'un montant envers les cantons.

Le changement est donc comptable. Voyons ce qui se passe au niveau des cantons.

AB 2011 N 1617 / BO 2011 N 1617

Pour six des dix cantons universitaires, rien ne change, car ils comptabilisent déjà la subvention fédérale dans l'année où ils la touchent. Pour les quatre cantons universitaires restants, le changement aura un effet sur leur manière de comptabiliser, parce que ces cantons comptabilisent une grande partie, d'ailleurs pas la totalité, de la subvention fédérale sur l'année précédente. Le changement de système implique en principe une diminution comptable au bilan, mais n'entraîne aucun recul des recettes. S'ils le souhaitent, les cantons peuvent opérer ce changement par tranche, par exemple sur trois ou quatre ans. Deux des quatre cantons concernés au moins – quand je parle des cantons, il y a en fait les deux demi-cantons de Bâle-Ville et Bâle-Campagne, ce qui fait donc cinq – ont déjà provisionné tout ou partie des montants impliqués.

Enfin, à ceux qui refuseraient cette méthode, j'aimerais le dire une fois de plus et compléter mes propos de la dernière fois: nous avons proposé une solution sur une base politique. Elle a été décrite dans le détail devant le Conseil des Etats il y a quelques jours et nous l'avons confirmée par écrit la semaine dernière aux cantons concernés. Cette solution est la suivante. La Confédération peut assurer à ces cantons qu'elle ne voit pas d'inconvénients à ce qu'ils continuent de comptabiliser la somme comme jusqu'à présent avec un an de décalage, mais à la condition qu'ils acceptent de procéder aux travaux de planification financière en utilisant les montants sur l'année en cours, afin de ne pas entraver les travaux d'harmonisation qui sont d'intérêt stratégique. Cette déclaration de la Confédération peut faire office de justification sur la manière de comptabiliser avec un an de décalage à l'égard des contrôles cantonaux des finances pour les cantons qui ne voudraient pas synchroniser leur propre comptabilité.

Enfin, nous avons ajouté un élément supplémentaire à la demande des cantons. Nous avons ajouté quelque chose dans l'hypothèse où la Confédération cesserait un jour, dans un futur très éloigné, de verser des subventions. Nous avons confirmé que dans ce cas-là, hyperthéorique, le département serait prêt à discuter des modalités de désengagement avec les cantons. Mesdames et Messieurs, c'est une chose à laquelle nous ne croyons pas puisque maintenant la Constitution a conforté cette subvention aux universités et bientôt ce sera le cas de la nouvelle loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles. Il n'y a donc aucune raison d'avoir peur. Mais, au cas où – je répète qu'il est très hypothétique –, nous nous sommes engagés par écrit à discuter des modalités entre le département et les cantons concernés. Si cela devait arriver, ce serait avec d'autres personnes car ce serait dans deux ou trois cents ans. Néanmoins, on a évoqué cette possibilité-là.

Dans ces circonstances, nous sommes convaincus que tout est en place, et pour la première fois depuis dix ans. Toutefois, ce problème n'est pas réglé depuis dix ans et maintenant on peut le régler et procéder sans heurts à la synchronisation du versement des subventions.

Le Conseil fédéral vous demande clairement de rejeter la proposition de votre commission qui prévoit d'ailleurs un retour à la case départ, ce qui aurait pratiquement un effet de désynchronisation pour les universités des cantons qui ont déjà synchronisé le versement des subventions. Cela décalerait ainsi les universités du système déjà appliqué actuellement par les hautes écoles spécialisées et les écoles polytechniques fédérales. Je le répète, sur dix universités concernées, six connaissent déjà un versement synchronisé des subventions. Nous vous demandons donc d'éliminer cette divergence, de ne pas refaire faire au projet une navette. Le Conseil des Etats n'en veut pas non plus. Je vous prie, en l'occurrence, de bien vouloir suivre le Conseil fédéral.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



**Jans** Beat (S, BS): Geschätzter Herr Bundesrat, bei diesem Geschäft kommt ein normaler Mensch nicht mehr draus. Die Buchhalter und Juristen der betroffenen Kantone behaupten exakt das Gegenteil dessen, was Ihre Buchhalter und Juristen offenbar sagen. Was wir hier brauchen, ist Klarheit. Können Sie garantieren, dass bei den betroffenen Universitäten und den entsprechenden Kantonen keine riesigen Löcher in der Finanzierung entstehen?

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Oui, je peux vous garantir qu'il n'y a pas de "riesige Löcher". Je viens de vous le dire. Et vous devez admettre que ce qui est dit là est peut-être répété, mais cela ne va pas changer. Donc je vous le redis encore une fois: chaque année la Confédération versera la subvention aux cantons; la problématique est uniquement comptable. S'il y a une synchronisation du versement des subventions, alors il y a une différence au bilan. Pour les cantons qui ne veulent pas de la synchronisation – encore une fois, deux cantons ont créé la problématique dans la période durant laquelle ils ne devaient pas la créer, soit dans ces dix dernières années –, nous leur avons proposé une solution qui sort de la solution "buchhalterienne" mais qui est une solution "burkhalterienne", si vous me passez l'expression. C'est une solution qui n'est pas comptable, mais qui est politique. Elle consiste à dire que si les cantons veulent continuer de comptabiliser à leur manière, la Confédération est d'accord, mais à la condition que toute la planification financière qui concerne le domaine des hautes écoles puisse se faire sans problème. Nous mettrons sur pied un groupe de suivi pour cela et pour que les contrôles cantonaux des finances acceptent cette solution, nous avons ajouté cette possibilité, au cas où un jour il y avait l'arrêt des subventions fédérales – je le répète, c'est totalement théorique –, et le Département fédéral de l'intérieur discuterait avec les cantons concernés des modalités.

Je suis d'accord: c'est compliqué. La meilleure façon de simplifier les choses, c'est de régler ce problème avec cette solution politique. Cela implique que vous suiviez le Conseil fédéral et que vous rejetez la proposition de la commission.

**Füglistaller** Lieni (V, AG): Herr Bundesrat, ich gehe davon aus, dass der Bund alle Kantone gleich behandelt. Meine Frage: Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass wir mit dieser Regelung dem Grundsatz der Gleichbehandlung entgegenwirken? Das möchte ich nicht.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Ce serait clairement un problème du point de vue de l'égalité de traitement, si vous suiviez la version de la commission. En effet, cela voudrait dire qu'on devrait quasiment revenir en arrière avec les universités qui ont fait l'effort de synchronisation.

Depuis la dernière discussion au Parlement sur la loi sur l'aide aux universités, dans les années 2000, plusieurs cantons, en particulier Zurich et Saint-Gall sauf erreur, ont décidé d'effectuer la synchronisation du versement des subventions. Et dans le même temps, je le répète, deux cantons ont fait le chemin inverse, ce qui nous met maintenant dans cette situation aussi délicate. Il est donc évident qu'avec la proposition de la commission, la situation ne serait pas correcte vis-à-vis des cantons qui ont effectué la synchronisation.

Pour ne pas créer de problèmes excessifs entre les cantons et la Confédération – parce que le but n'est vraiment pas là –, vis-à-vis des cantons qui ont actuellement de la peine à passer à la synchronisation du versement des subventions, comme je vous l'ai dit tout à l'heure, le Conseil fédéral et le département ont proposé une série de mesures qui constituent une vraie solution politique. Et je crois maintenant qu'on peut laisser le Conseil fédéral et les cantons régler cela.

C'est pourquoi je vous invite à suivre le point de vue du Conseil fédéral et non celui de la commission.

**Malama** Peter (RL, BS): Ich bitte Sie, noch einmal über diese leidige "burkhalterische" Buchhaltungsregel zu befinden. Sie haben das letzte Mal ja unsere Argumentation verstanden und sind dem Antrag der Kommissionsmehrheit gefolgt. Ich bitte Sie, heute der Kommission zu folgen und den Universitäten bzw. ihren Trägerkantonen die den Universitäten

AB 2011 N 1618 / BO 2011 N 1618

für das Jahr 2012 zustehenden Mittel aus dem für das Jahr 2012 zu erweiternden Zahlungsrahmen verbindlich zu garantieren.

Wir haben in der letzten Session Ja gesagt zu dieser Formulierung, in der Hoffnung, in der Folge würden sich der Bundesrat und der Ständerat bzw. die Hochschulkantone zu einer Lösung durchringen. Das ist aber nicht geschehen. Es ist eigentlich bedauerlich, dass wir über die unbestrittenen Ansprüche der Universitäten hier nochmals sprechen müssen.

Bei den Grundbeiträgen für die Trägerkantone der Universitäten handelt es sich jeweils um eine nachschüssige Auszahlung des Bundes, das heisst, dass im Jahr 2011 die Subventionen für das Jahr 2010 zur Auszahlung



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



gelangen. Diese periodenfremde Auszahlung wird zwischen den Kantonen und dem Bund immer wieder neu thematisiert. Der Bund hat schon einmal versucht, Beitragsjahr und Auszahlungsjahr zu synchronisieren. Er scheiterte jedoch am geschlossenen Widerstand der Kantone. Es spricht an sich nichts gegen eine solche Korrektur dieser Buchhaltungspraxis, aber die Vorstellungen, die auf der BFI-Botschaft 2012 basieren, stimmen nicht mehr, weil damit eben ein Beitragsjahr fehlt.

Der Bund will nun das System wechseln. Dagegen ist nichts einzuwenden. Der Bund will die Beiträge neu in jenem Jahr auszahlen, für welches sie gesprochen wurden, das heisst nicht mehr ein Jahr danach, sondern im laufenden Jahr. Zur Erläuterung: Die Auszahlung für das Jahr 2007 wurde im Jahr 2008 vorgenommen, die Auszahlung für das Jahr 2008 im Jahr 2009, die Auszahlung für das Jahr 2009 im Jahr 2010; die Auszahlung für das Jahr 2010 wird im Jahr 2011 vorgenommen, die Auszahlung für das Jahr 2011 im Jahr 2012. Jetzt heisst es Achtung: Im Jahr 2012 kommt der Systemwechsel, die BFI-Botschaft 2012 sieht eine Synchronisation vor: Die Auszahlung für das Jahr 2013 soll im Jahr 2013 erfolgen.

Die raffinierten Leserinnen und Leser, vor allem aber die kantonalen Finanzkontrollen haben bemerkt, dass durch diesen Systemwechsel – der Bundesrat spricht von Synchronisation – die Beiträge für das Jahr 2012 fehlen. Die Beiträge für das Jahr 2011 werden 2012 bezahlt, aber im Jahr 2013 nicht die Beiträge für das Jahr 2012. Das Jahr 2012 ginge durch diesen Systemwechsel leer aus. Das hiesse konkret, dass bei den Trägerkantonen der Universitäten die Beiträge für ein volles Jahr in der Höhe von mindestens 560 Millionen Franken entfielen. Dies würde in verschiedenen Kantonen, nämlich in jenen Kantonen, die die Bundesbeiträge schon heute periodengerecht abgegrenzt haben, zu erheblichen Vermögensverlusten führen. Die Situation ist also unbefriedigend.

Beide Seiten, Bund und Kantone, haben ihre Rechtskonsulenten mit entsprechenden Rechtsgutachten beauftragt, die allerdings zu sich widersprechenden Schlüssen gekommen sind. Trotz zahlreicher Gespräche, die auch unter den Vermittlungsbemühungen von Mitgliedern der WBK stattfanden, konnten die beiden Seiten keine einvernehmliche Lösung finden. Aus diesem Grund hat unsere Kommission beschlossen, den Universitäten mit einer neuen Kompromissformulierung Sicherheit zu verschaffen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wir sind nicht hier, um einen Rechtsstreit zwischen den Kantonen und dem Bund zu werten oder gar darüber zu entscheiden. Aber es ist unsere Aufgabe, für unsere Hochschulen einzutreten und in ihrem Sinn pragmatisch zu entscheiden. Deshalb bitte ich Sie, dem Kompromiss zuzustimmen. Wir vergeben uns damit nichts, wir verschenken nichts, wir erhalten nichts. Aber der Bundesrat erhält damit die Zeit, die er braucht, um mit den Kantonen eine einvernehmliche Lösung zu finden, sodass kein Trägerkanton Verluste verbuchen muss.

**Schwander** Pirmin (V, SZ): Herr Kollege Malama, wieso muss jetzt der Bund reagieren, wenn Kantone wie z. B. Basel-Stadt nicht bereit sind zu synchronisieren?

**Malama** Peter (RL, BS): Das ist ganz einfach, der Kanton Basel-Stadt ist ein hervorragendes Beispiel: Wir haben schon in den Sechzigerjahren Bundesgelder gemäss Vorgaben verbucht, d. h. zum Beispiel, dass wir die Gelder für das Jahr 1966 ein Jahr später, im Jahr 1967, ausbezahlt erhielten und die Gelder für das Jahr 1967 erst im Jahr 1968. Wenn Sie das Geld transitorisch verbuchen, können Sie diese transitorische Buchung im Jahr 2012 – darum geht es jetzt – nicht mehr machen, weil Sie das Geld für das Jahr 2012 eben gar nicht mehr erhalten. Das ist der Grund, wieso Basel-Stadt und andere Trägerkantone nicht einfach von heute auf morgen die Verbuchungspraxis ändern können, ohne den Bundesbeitrag als Vermögensverlust auszubuchen.

**Pfister** Theophil (V, SG): Geschätzter Kollege Malama, nachdem vor zehn Jahren beschlossen worden war zu synchronisieren, haben die anderen Kantone das getan und sich neu eingerichtet. Baselland und Basel-Stadt haben das nicht getan. Warum hat Basel-Stadt es nicht getan?

**Malama** Peter (RL, BS): Es gab keine Veranlassung dazu, das System zu wechseln. Basel-Landschaft hat sich, was die Verbuchungsregeln für diese Beiträge betrifft, der Verbuchungspraxis angeschlossen, die vom Bund seit den Sechzigerjahren vorgegeben war. Deshalb gab es da keine Differenz. Baselland und Basel-Stadt als Trägerkantone der Universität beider Basel verbuchen gleich.

**Steiert** Jean-François (S, FR): Comme mon préopinant, Monsieur Malama, qui l'a fait au nom du groupe libéral-radical, je défends, au nom du groupe socialiste, la proposition de la majorité.

L'opération que la Confédération a tenté de réaliser par rapport aux cantons est un artifice comptable qui permet à la Confédération d'améliorer passablement sa situation au bilan, d'un ordre de grandeur de plusieurs centaines de millions de francs, cela sur le dos de plusieurs cantons, en principe d'ailleurs sur celui de l'ensemble des cantons universitaires concernés.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



Comment expliquer ce mécanisme relativement complexe de manière simple? Imaginons un locataire qui paye régulièrement son loyer en fin de mois pour le mois écoulé et qui dit d'un jour à l'autre au propriétaire qu'il payera dorénavant le 25 du mois son loyer pour le mois suivant. S'il a de la chance et que le propriétaire a bu beaucoup de vin, dort ou ne se rend compte de rien, le locataire aura gagné au passage un loyer complet. Le jour où il quittera l'appartement, il aura fait un joli bénéfice, c'est-à-dire le loyer qu'il n'aura pas payé.

C'est ce qu'essaye actuellement de faire la Confédération. Elle a versé des subventions aux cantons pour l'année précédente depuis l'entrée en vigueur au siècle dernier de la législation actuelle sur les universités, qui date de plusieurs décennies. D'un jour à l'autre, elle annonce qu'elle ne paye plus pour l'année précédente, mais pour l'année suivante: il manque en termes comptables une subvention complète pour une année, même si la Confédération continue de verser chaque année ses subventions.

Le Conseil fédéral nous a certes expliqué que certains cantons avaient pris leurs dispositions pour prévenir cette décision de la Confédération. Effectivement, certains cantons ont dit qu'ils allaient provisionner – par différentes méthodes comptables – le montant pour l'année manquante, afin d'éviter une interruption du versement des subventions cantonales à leur université. Ces cantons l'ont fait généralement dans des années de vaches grasses, ce qui leur a permis de réduire quelque peu leur bénéfice – ce qui est la tâche primaire de tout ministre des finances cantonal. Cela signifie néanmoins que, dans les faits, les cantons en question ont avancé une somme équivalant à une subvention annuelle pour permettre à la Confédération de revenir en arrière.

Il a été dit auparavant que la proposition de la majorité créait des différences de traitement entre les cantons. Cette assertion est fausse. En effet, la proposition de la majorité, qui prévoit en substance que la Confédération ne synchronise

AB 2011 N 1619 / BO 2011 N 1619

pas le versement des subventions, signifie pour les cantons qui n'ont pas encore synchronisé le versement de leurs subventions que rien ne change, qu'ils peuvent continuer à comptabiliser comme ils l'ont toujours fait et qu'ils ne doivent pas ajouter un montant annuel d'une subvention dans leur budget ou dans leur bilan s'il s'agit d'une correction apportée au bilan. De plus, les cantons qui ont déjà effectué la synchronisation du versement des subventions – et cela vaut pour les cantons de Saint-Gall, de Zurich, etc. – disposeraient ainsi d'une somme qu'ils ont investie à l'avance et qu'ils pourraient utiliser pour financer d'autres tâches s'ils le souhaitent. Tous les cantons seraient ainsi logés à la même enseigne.

En ce qui concerne la remarque de Monsieur Theophil Pfister qui a dit qu'il y avait dix ans, la Confédération avait déjà pris une décision et que les cantons n'avaient qu'à s'y adapter, c'est faux. La Confédération a prévu il y a dix ans de prendre une décision concernant la synchronisation du versement des subventions, mais suite aux oppositions des cantons elle y a renoncé.

Certes, Monsieur le conseiller fédéral Burkhalter a envoyé aux principaux cantons concernés une lettre qui va dans une direction qui leur permet de continuer à comptabiliser comme ils l'ont fait jusqu'à aujourd'hui. Politiquement, c'est une solution intéressante, mais juridiquement, les services compétents des cinq cantons concernés considèrent qu'elle est peu sérieuse, dans la mesure où elle revient finalement à dire: "La Confédération dispose du montant, les cantons aussi." On effectue une espèce de dédoublement sur le plan comptable, sans que l'argent existe véritablement. On nous rétorque que de toute façon la question ne se posera que dans dix, vingt ou trente ans, si un jour la Confédération se retire. Nous sommes d'avis que ce genre de solution n'est pas satisfaisant.

Au nom du groupe socialiste, mais aussi de la majorité de la commission, nous vous invitons à renoncer pour le moment à un exercice qui engendre plus de difficultés et de chaos que de clarification de la situation actuelle.

**Füglsteller Lieni (V, AG):** Unsere Fraktion wird sich grossmehrheitlich den Argumenten des Bundesrates anschliessen. Sie haben es gehört, es entsteht, wenn wir den Antrag der Kommission übernehmen, eine ungleiche Behandlung zwischen den Kantonen, und das ritzt wirklich auch den verfassungsmässigen Grundsatz der Gleichbehandlung. Darum bitte ich Sie wirklich, den Argumenten des Bundesrates zu folgen. Er hat klare Aussagen gemacht. Er hat klar gesagt, dass für die betroffenen Kantone keinerlei Beiträge verlorengehen. Kollege Malama, ich weiss nicht, was für Sicherheiten Sie noch brauchen, wenn versichert wird, auch vom Bundesrat, dass die Kantone bzw. die betroffenen Universitäten ihre Beiträge erhalten. Ich bitte nun wirklich auch die Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Kantone, dies zu akzeptieren und nicht eine Ungleichbehandlung zu verlangen.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Absatz – er ist ein zusätzlicher Ballast für die BFI-Botschaft – zu streichen und dem Bundesrat zu folgen.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2011 • Zehnte Sitzung • 22.09.11 • 08h00 • 10.109

Conseil national • Session d'automne 2011 • Dixième séance • 22.09.11 • 08h00 • 10.109



**Malama** Peter (RL, BS): Herr Kollege Füglstaller, in diesem Fall spricht ja auch aus Ihrer Sicht nichts gegen die beantragte Formulierung. Ich frage Sie: Was sollte dagegen sprechen, dass wir schreiben: "Eine Änderung des bisherigen Auszahlungsmodus erfolgt erst, wenn sich Bundesrat und alle Hochschulkantone auf eine Vorgehensweise geeignet haben, die einen Vermögensverlust der Kantone vermeidet"? Was spricht dagegen? Nichts!

**Füglstaller** Lieni (V, AG): Ich finde es etwas daneben, Herr Kollege Malama, hier zusätzliche Sicherheiten zu verlangen, die BFI-Botschaft mit einer unnötigen Sache zu belasten und eine Differenz zum Ständerat zu schaffen. Nach den Aussagen des Bundesrates – die waren fadengerade, klar und eindeutig – ist das nicht nötig; es gehen keine Beiträge verloren. Der Bundesrat wird versuchen, sich mit den betroffenen Kantonen zu einigen, aber ich habe noch nicht gehört, dass auch die betroffenen Kantone dem Bundesrat entgegenkämen und eine Lösung anbieten könnten.

**Graf** Maya (G, BL): Die grüne Fraktion wird den Kompromissantrag der WBK unterstützen – einen Minderheitsantrag gibt es übrigens nicht – und bittet Sie, den Antrag des Bundesrates abzulehnen. Sie haben bereits gehört, warum es wichtig ist, hier mit einem relativ einfachen und offenen Satz zu sagen: Solange sich die Kantone nicht geeinigt haben, solange sie mit dem Bundesrat in dieser wichtigen finanziellen Angelegenheit keine Lösung gefunden haben, bleiben wir beim alten und bewährten System.

Ich möchte dazu anfügen, dass es nicht nur die Kantone Baselland und Basel-Stadt betrifft. Es betrifft ebenso den Kanton Neuenburg, den Kanton Freiburg und den Kanton Waadt. Es wären also mehrere Kantone mit Universitäten betroffen, wenn wir hier keine ganz klare Regelung hätten. Solange wir eine solche nicht haben, soll das alte System weitergeführt werden. Ist eine Lösung da und sind alle Kantone einverstanden, wird die Synchronisierung durchgeführt. Das ist ein einfaches und faires Verfahren.

Ich bitte Sie, im Sinne des von uns letztes Mal gefassten Beschlusses den Antrag der Kommission zu unterstützen.

**Müri** Felix (V, LU), für die Kommission: Es gibt schon einen anderen Antrag als den der Kommission; er wird auch dieses Mal von Herrn Bundesrat Burkhalter vertreten.

Es ist ein bisschen ein spezieller Fall, das ersehen Sie aus der Fahne. Das erste Mal wurde der Antrag der Mehrheit mit 83 zu 81 Stimmen äusserst knapp angenommen.

In der Kommission hat dann Herr Bundesrat Burkhalter klar aufgezeigt, dass es sich um ein buchhalterisches Problem handelt und dass er ganz klar eine politische Lösung suchen und auch finden werde. Die Kommission hat dann mit 10 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen, also wieder äusserst knapp, einen leicht abgeänderten Text beschlossen, den neuen Absatz in der Spalte "Kommission des Nationalrates"; wir werden also über diesen Text abstimmen.

Es liegt nun an Ihnen, darüber abzustimmen und so Klarheit zu schaffen.

**Aubert** Josiane (S, VD), pour la commission: Comme vous pouvez le constater, le différend comptable entre la Confédération et quelques cantons n'étant pas encore réglé factuellement, il est nécessaire de trouver une solution politique, ce que notre conseil a souhaité en premier débat. Le Conseil des Etats a biffé cet alinéa. La nouvelle formulation acceptée par notre commission correspond à la formulation d'une lettre envoyée par le Conseil fédéral aux cantons et devrait permettre de mettre prochainement fin à ce différend.

La commission a adopté l'alinéa nouvellement formulé par 10 voix contre 9 et 3 abstentions. Elle vous invite à en faire de même.

### Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 10.109/6296)

Für den Antrag des Bundesrates ... 77 Stimmen

Für den Antrag der Kommission ... 74 Stimmen

**Präsident** (Walter Hansjörg, erster Vizepräsident): Das Geschäft geht somit an den Ständerat zurück.

AB 2011 N 1620 / BO 2011 N 1620